

# Deindustrialisierung durch Abwanderung

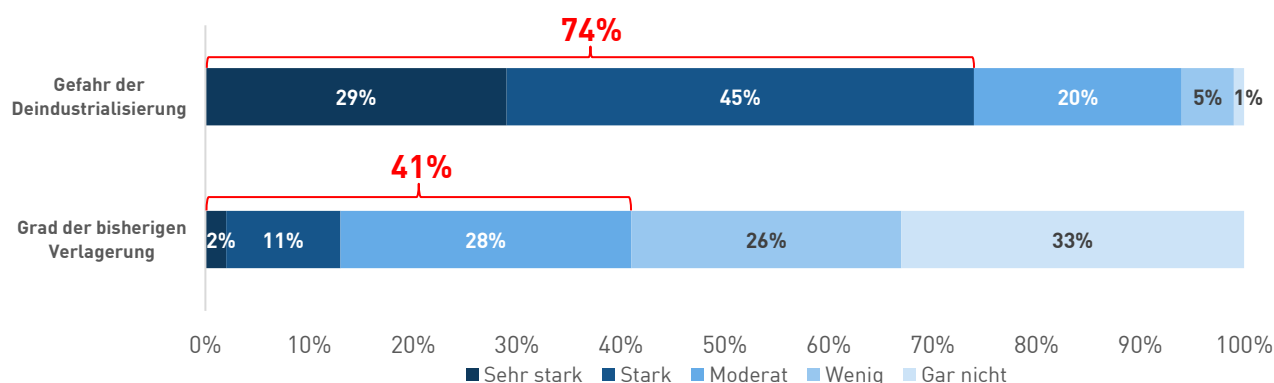
12. März 2024

Abteilung für Wirtschaftspolitik

Deindustrialisierung ist kein einmaliges Ereignis, sondern vollzieht sie sich als schleichender Prozess, hervorgerufen unter anderem durch ungelöste Standort- sowie geopolitische Probleme. Neben Betriebsstillegungen oder Produktionseinstellungen ist es vor allem die Abwanderung von Unternehmen oder Teilen ihrer Wertschöpfungskette, die sich mittlerweile zu einer realen Gefahr für den österreichischen Industriestandort entwickelt hat, wie eine [Deloitte-Studie aus dem Frühjahr 2024](#) zeigt.

41 % der österreichischen Betriebe haben bereits verlagert

Anteile der befragten Industrieunternehmen in %



Frage 1: Auf einer Skala von eins bis fünf, wie stark schätzen Sie die Gefahr ein, dass sich Österreich „deindustrialisiert“?

Frage 2: In welchem Ausmaß haben Sie bereits Teile der Wertschöpfungskette in den letzten 3 Jahren verlagert?

Quelle: [Deloitte \[2024\]](#).

Drei Viertel der befragten Unternehmen schätzen die Gefahr einer Deindustrialisierung Österreichs als stark (45 %) oder sehr stark (29 %) ein. Dabei zeigt sich: Produktionsverlagerungen sind bereits Realität. 41 % der befragten Industriebetriebe haben in den letzten 3 Jahren Teile ihrer Wertschöpfungskette moderat (28 %), stark (11 %) oder sehr stark (2 %) in das Ausland verschoben. Bei Großunternehmen (50 %) ist die Tendenz stärker fortgeschritten als bei kleinen (36 %) und mittleren Unternehmen (34 %). Lediglich ein Drittel hat bisher noch keine Verlagerungen durchgeführt. Insgesamt scheinen die Dimensionen aktuell noch nicht das gleiche Ausmaß angenommen zu haben wie z.B. in [Deutschland, wo bereits mehr als zwei Drittel \(67 %\) der Industrieunternehmen in den letzten drei Jahren verlagert haben](#). In den nächsten zwei bis drei Jahren planen jedoch auch österreichische Betriebe, Glieder ihrer Wertschöpfungskette noch stärker als bisher ins Ausland zu verschieben – vorwiegend kostenintensive Teile. Zunehmend attraktiv für Investitionen werden neben anderen EU-Ländern und Asien die Vereinigten Staaten. 27 % der Befragten planen erstmals Verlagerungen in die USA. Hohe Arbeitskosten und Bürokratie werden von den Unternehmen als Hauptgründe für Standortverlegungen genannt. Aber auch die steuerpolitisch bedingten, stabilen Langfristperspektiven des US-amerikanischen Inflation Reduction Act (IRA) erhöhen die Attraktivität für Investitionen in Übersee.

**FAZIT:** In Österreich sind jetzt vor allem schnelle und gezielte Entlastungsmaßnahmen gefragt, etwa bei den Arbeitskosten, durch Vereinfachungen und Beschleunigungen in der Bürokratie oder die Erhöhung der Energiesicherheit. Dies gelingt jedoch nur mit einem passenden Mix aus nationalen und EU-Maßnahmen, der auf eine langfristige Absicherung der industriellen Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet ist.